

29. April 2020

**Solidarisch
durch die
Krise!** HESSEN
SPD

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE: UNSER CORONA-SOFORTPROGRAMM

Unser Land erlebt durch die Corona-Pandemie die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wichtigstes Ziel muss es sein, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und durch eine erfolgreiche Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten schließlich zu stoppen. Der Schutz der Gesundheit ist das oberste Gebot.

Die Menschen in Hessen haben in dieser einzigartigen Situation bewiesen, was unser Land ausmacht: Solidarität, Miteinander und Zusammenhalt. Sie haben gezeigt: Wir stehen (mit Abstand) zusammen, im Kleinen wie im Großen, in unserer Nachbarschaft und im ganzen Land.

Zugleich sorgen sich viele Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz. Für Eltern wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Dauerbelastung. Soziale Probleme zeigen sich in der Krise wie unter dem Brennglas. Umso wichtiger bleibt ein umsichtiges Krisenmanagement auf Bundesebene, für das allen voran die SPD-Bundesminister Olaf Scholz und Hubertus Heil mit ihrem Schutzschirm für Deutschland stehen.

Wir haben als SPD-Fraktion eine schnelle Reaktion auf die Krise in Hessen ermöglicht und vorangetrieben. Dennoch hat die schwarzgrüne Landesregierung an vielen Stellen nicht oder viel zu spät reagiert. Eltern fühlen sich alleingelassen, Schüler*innen und Lehrer*innen werden ohne Konzept in die Schulen geschickt und die ausreichende Versorgung mit Schutzausrüstung in Krankenhäusern und der Altenpflege ist weiterhin nicht gesichert. Unsere Kommunen werden bei der praktischen Umsetzung vieler Maßnahmen allein gelassen und mit bürokratischen Maßgaben überhäuft, die vor Ort keine Rolle spielen. Versäumnisse bei der Digitalisierung im Bildungs- und Gesundheitswesen treten ebenso zutage wie eine mangelnde Personalausstattung.

Die Menschen in Hessen brauchen jetzt Antworten. Von der Politik erwarten sie zu Recht einen klaren Plan, wie wir alle diese Krise solidarisch überstehen.

Deshalb legen wir als SPD-Fraktion unser Corona-Sofortprogramm vor. Die Landesregierung ist nun in der Pflicht, zu liefern.

1. Familien nicht allein lassen

Die Landesregierung darf Kinder und deren Familien nicht länger allein lassen.

Deshalb fordern wir:

- die Erstattung der Elternbeiträge für Kitas, Kindertagespflege und Schulbetreuung mit Erstattung der Einnahmeausfälle der Träger und Kommunen,
- die Erarbeitung eines Fahrplanes zur schrittweisen Öffnung der Kitas und Kindertagespflegeeinrichtungen,
- die Ausweitung der Notbetreuung auf weitere Gruppen wie Heilmittel-erbringer*innen und Bestatter*innen.

2. Pflege sichern, Vereinsamung verhindern

Die Einrichtungen der Altenpflege sind durch das Virus besonders bedroht. Umso wichtiger ist es, die Gesundheit der Bewohner*innen und Pflegenden besonders zu schützen. Zugleich gilt es, auch die soziale Situation der Menschen in den Einrichtungen in den Blick zu nehmen.

Deshalb fordern wir:

- die ausreichende Versorgung von Alten(pflege)-Heimen und ambulanten Pflegediensten mit Schutzausrüstung sicherzustellen,
- ein sicheres Besuchskonzept zu erarbeiten.

3. Gesundheit schützen, Alltagshelden belohnen

Die entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Pandemie kommt unseren Krankenhäusern zu. Das Land ist deswegen in der Pflicht, deren Funktionsfähigkeit und ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Die Pflegekräfte verrichten in dieser schwierigen Zeit eine anstrengende und unverzichtbare Arbeit. Dabei müssen sie bestmöglich vor einer Infektion mit dem Virus geschützt werden. Das Land muss deswegen zwingend sicherstellen, dass alle erforderlichen Schutzausrüstungen in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Darüber hinaus verdienen die Pfleger*innen mehr als öffentlichen Dank und Applaus – sie verdienen vor allem eine angemessene finanzielle Entlohnung.



Dazu zählt als Sofortmaßnahme die Auszahlung eines Landesbonus nach dem Vorbild Bayerns vor. Warum soll, was dort selbstverständlich ist, in Hessen nicht möglich sein?

Deshalb fordern wir:

- die Sicherung des Bestandes und der Liquidität der Krankenhäuser,
- eine ausreichende Versorgung mit Schutzausrüstung,
- einen Landesbonus für Pflegekräfte,
- die Erhöhung der Testkapazitäten sowie Regeltests für Pflegefachkräfte.

4. Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt schützen

Homeoffice, Kurzarbeit oder gar Jobverlust führen zusammen mit der Schließung von Schulen und Kitas und den allgemeinen Einschränkungen des sozialen Lebens dazu, dass Familien und Beziehungspartner*innen zwangsweise mehr Zeit miteinander zu Hause verbringen müssen. Dabei gehen individuelle Freiräume verloren, es entsteht das Gefühl von Enge.

Dadurch nehmen Aggressionen zu, die sich in einer Zunahme der häuslichen Gewalt abbilden. Kinderschutz und der Schutz vor häuslicher Gewalt müssen Priorität haben! Hier ist das Land in der Pflicht, die entsprechenden Hilfsangebote kurzfristig zu verstärken und die finanzielle Förderung aufzustocken.

Deshalb fordern wir:

- eine kurz- und mittelfristige Aufstockung der Frauenhauskapazitäten,
- eine besondere Sensibilisierung bei Polizei und anderen Behörden für die Problematik der Kindeswohlgefährdung und der häuslichen Gewalt,
- eine konsequente Anwendung der rechtlichen Möglichkeiten, um gewalttätige Personen aus der Wohnung zu weisen,
- eine bessere Unterstützung der Jugendämter sowie ein Konzept, wie familienbegleitende- und entlastende Hilfen mit entsprechenden Hygienemaßnahmen in den Familien durchgeführt werden können.

5. Gute Schule für alle garantieren

Die Sorgen an den Schulen sind groß. Es bestehen erhebliche Unsicherheiten über das weitere Vorgehen und große Sorgen um die erzielbaren Lernfortschritte. Das Land darf Schüler*innen und Lehrer*innen nicht länger alleine lassen.



Deshalb fordern wir:

- den Verzicht auf die Abschlussprüfungen für die mittleren Bildungsabschlüsse im laufenden Schuljahr,
- den Zugang zu insbesondere den digitalen Lernmaterialien von zu Hause für alle,
- den Aufbau eines Systems der individuellen Förderung, um versäumten Unterricht nachzuholen.

6. Hilfsfonds für Studierende

Die Corona-Krise stellt auch einen großen Teil der Studierenden vor schwere finanzielle Probleme, weil viele klassische Studentenjobs nicht mehr existieren. Um die Lage der Studierenden zu erleichtern, reichen die Almosen, die Schwarzgrün vorsieht (einmalig 200 Euro), nicht aus.

Deshalb fordern wir:

- einen Hilfsfonds für Studierende, um ihnen in dieser Notlage schnell und unbürokratisch zu helfen.

7. Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten

Unsere Kommunen sind in dieser Krise besonders gefordert. Zugleich drohen ihnen massive Einnahmeausfälle, die es ihnen erschweren, jene Investitionen zu tätigen, die für einen Neustart nach Krise unerlässlich sind.

Deshalb fordern wir:

- Einen umfassenden Schutzschirm für Kommunen mit einem kommunalen Investitionsprogramm.

8. Bürgerrechte sichern

Auch in Krisenzeiten gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – gerade bei der Einschränkung von Grundrechten. Entsprechende Regelungen müssen allgemein verständlich sein. Die Corona-Verordnungen der Landesregierung ließen hier einiges zu wünschen übrig. Für die SPD-Fraktion ist klar: Bei Grundrechten darf es keinen Corona-Rabatt geben.



Deshalb fordern wir:

- Versammlungsrecht besser schützen!

9. Wirtschaft ermöglichen – Arbeitsplätze retten – Wertschöpfung erhalten

Unser Ziel: Möglichst kein gesundes Unternehmen soll wegen Corona in die Insolvenz, möglichst kein Arbeitsplatz verloren gehen. Bestimmte Branchen, deren wirtschaftliche Tätigkeit auf Null gesetzt wurde (z.B. Gastronomie, Hotellerie, Schausteller, Fitnessstudios, Veranstaltungs- und Reisebranche) sind besonders betroffen von der Krise. Das gilt auch für die vielen Solo-Selbstständigen, die kein oder nur ein geringes Betriebsvermögen besitzen. Diese werden, weil die Unternehmensbeihilfen des Bundes nicht als Ersatz für Einnahmeausfälle angelegt sind, in kürzester Zeit in die Grundsicherung fallen. Das Land kann sich hier seiner Verantwortung nicht entziehen.

Deshalb fordern wir:

- Einen Sonderfonds des Landes Hessen für Soloselbstständige, der aus originären Landesmitteln gespeist wird.
- Finanzielle Überlebenshilfen für Hotels, Gastronomie und Schausteller mit dem Ziel, ihnen eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit nach dem Ende der Krise zu ermöglichen.

10. Kultur- und Kreativwirtschaft erhalten

Die Kultur- und Kreativwirtschaft muss eine Zukunftsbranche bleiben. Dazu braucht sie in dieser Krise unsere besondere Unterstützung.

Deshalb fordern wir:

- Kulturveranstaltungen ermöglichen und Sonderfonds für Kulturschaffende einrichten,
- ein Kulturinvestitionsprogramm des Landes für das Jahr 2021,
- die Einrichtung eines Krisenrates über die Zukunft der hessischen Filmbranche.

